



Inhalt

33. Europäischer Abend

[Europawahl: dbb Chef warnt vor extremistischen Parteien](#)

Schlichtungsempfehlung angenommen

[Sicherheitskräfte an Flughäfen bekommen deutlich mehr Geld](#)

dbb jugend

[Bürohunde: Gegenseitige Rücksichtnahme ist ein Muss](#)

dbb senioren

[Gemeinsam die Demokratie schützen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Zahlen des Senats belegen Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst](#)

Nordrhein-Westfalen

[Kriminalitätsstatistik bestätigt Warnungen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Kritik an „Quick Freeze“-Entscheidung der Bundesregierung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Gesundheit: Investitionen in Prävention gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

33. Europäischer Abend **Europawahl: dbb Chef warnt vor extremistischen Parteien**

Am 9. Juni 2024 findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat die Bedeutung der Abstimmung unterstrichen.

„Hierzulande wird die Europawahl oft nur als ‚Stimmungstest‘ für nationale Wahlen gesehen. Die Beteiligung ist im Vergleich auch deutlich geringer als bei der Bundestagswahl. Das wird der tatsächlichen Bedeutung des Europäischen Parlaments schon lange nicht mehr gerecht. Zumal die Freiheit in Europa gerade jetzt angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und des drohenden amerikanischen Isolationismus in ihrer Existenz bedroht ist“, mahnte Silberbach anlässlich des 33. Europäischen Abends (Titel: „Krieg in Europa, Demokratie in Gefahr, Europa vor der Wahl“) am 9. April 2024.

Besorgt zeigte sich der dbb Chef angesichts der hohen Umfragewerte von extremistischen

Parteien. „Diejenigen, die die Europäische Union in Frage stellen, erfahren Zulauf, obwohl sie großenteils nachweisbar enge Verbindungen zum russischen Aggressor aufweisen und bis heute russische Propaganda verbreiten“, sagte Silberbach und warnte: „Die Parteien, die so gerne das ‚System‘ in Frage stellen, haben keine konstruktiven Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu bieten. Deshalb ist für uns als dbb klar: Es ist keine Zeit für Protestwahlen. Es ist Zeit, die Demokratie zu verteidigen.“

Einen ausführlichen Bericht und Bilder der Veranstaltung gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Schlichtungsempfehlung angenommen **Sicherheitskräfte an Flughäfen bekommen deutlich mehr Geld**

Die dbb Tarifkommission hat die Schlichtungsempfehlung im Tarifkonflikt der Sicherheitskräfte an Flughäfen angenommen.

Die Empfehlung hatte der Schlichter Prof. Dr. Hans-Henning Lühr nach dreitägigen Verhandlungen mit den Tarifparteien am 7. April 2024 vorgelegt. Nach der Schlichtungskommission haben nun auch die Gremien des dbb und der anderen beteiligten Sozialpartner den Kompromiss gebilligt. „Der Weg für deutliche höhere Entgelte der Kolleginnen und Kollegen ist damit frei“, sagte dbb Fachvorstand Volker Geyer. „Die wichtige Arbeit der Kolleginnen und Kollegen bekommt damit mehr Wertschätzung und das Berufsfeld wird in Zeiten des Fachkräftemangels finanziell aufgewertet.“

Die Stundenentgelte werden damit in der Entgeltgruppe I am 1. Februar 2024 um 1,60 Euro, am 1. September 2024 um weitere 0,75 Euro sowie am 1. Januar 2025 um weitere 0,35 Euro steigen. In der Entgeltgruppe II werden die Stundenentgelte am 1. April 2024 um 1,80 Euro, am 1. September 2024 um weitere 0,75 Euro sowie am 1. Januar 2025 um weitere 0,35 Euro erhöht. In der Entgeltgruppe III erfolgen zu gleichen Zeitpunkten Steigerungen von

1,60 Euro sowie von 0,75 Euro und 0,35 Euro. In der Entgeltgruppe IV steigen die Stundenentgelte am 1. April 2024 um 1,60 Euro sowie am 1. Januar 2025 um weitere 0,45 Euro. In der Entgeltgruppe V gibt es zu denselben Zeitpunkten 1,50 Euro sowie von 0,35 Euro mehr.

Zudem erhöhen sich die monatlichen Entgelte für die operativ tätigen Beschäftigten der Gruppe 1 am 1. April 2024 um 7,8 Prozent, am 1. September 2024 um 3,4 Prozent und am 1. Januar 2025 um weitere 1,5 Prozent. Die Laufzeit der vereinbarten tariflichen Regelungen geht bis zum 31. März 2025. Beim Thema Mehrarbeit beziehungsweise Vergütung von Mehrarbeit lagen die Vorstellungen der Tarifparteien zu weit auseinander für eine Schlichtungsempfehlung. Hier wird nun zunächst eine Entscheidung des Bundearbeitsgerichts zum Thema abgewartet, die für den September 2024 angekündigt ist. Deshalb werden die bisherigen Regelungen wieder in Kraft gesetzt, können allerdings zum Ende Jahres bereits wieder gekündigt werden.

dbb jugend

Bürohunde: Gegenseitige Rücksichtnahme ist ein Muss

In Berlin wird eine Muster-Dienstvereinbarung für Bürohunde diskutiert. dbbj Chef Matthäus Fandrejewski kann der Idee einiges abgewinnen.

„Im öffentlichen Dienst besteht eklatanter Fachkräftemangel, bundesweit fehlen mindestens 550.000 Beschäftigte. Jede geeignete Bewerberin, jeder geeignete Bewerber zählt“, sagte Fandrejewski gegenüber dem „Behörden Spiegel“ (Ausgabe vom 4. April 2024). All diejenigen, die einen Hund hätten, bräuchten Flexibilität. Dem solle man entgegenkommen. Daher begrüßt Fandrejewski die Initiative der Berliner Koalition aus SPD und CDU für eine Muster-Dienstvereinbarung.

„Sie ist eine Maßnahme gegen den Fachkräftemangel und macht den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver“, erklärt der Vorsitzende der dbb jugend. Dabei sei gegenseitige Rücksichtnahme aber ein absolutes Muss. Für die Kolleginnen und Kollegen, die Angst vor Hunden hätten oder unter Allergien litten, dürften dadurch am Arbeitsplatz keine Nachteile entstehen. Fandrejewski: „Und klar ist auch: Die Politik muss parallel auch andere Faktoren konsequent im Blick haben, die einen attraktiven Arbeitsplatz ausmachen. Insbesondere die Digitalisierung.“

dbb senioren

Gemeinsam die Demokratie schützen

„Das Vermächtnis der Hitlerattentäter zu bewahren bedeutet heute, sich für die Demokratie starkzumachen“, sagte der Chef der dbb senioren, Horst Günther Klitzing, auf einer Gedenkveranstaltung der Seniorenvertretung des dbb brandenburg.

„In der Geschichte gibt es immer wieder Persönlichkeiten, die sich gegen Tyrannei, Unmenschlichkeit und Krieg auflehnen und dies wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Werner von Haefen mit dem Leben bezahlen. Diesen Menschen gilt unser größter Respekt. Ihr Vermächtnis muss bewahrt und weitergegeben werden“, betonte Klitzing auf der Veranstaltung in Rangsdorf.

„Nie war es wichtiger als heute, sich gegen Willkür und für Frieden und Demokratie einzusetzen, wie die Kriege in der Ukraine und in Gaza zeigen. Allen Versuchen, die Grundfesten unseres Zusammenlebens nachhaltig zu beschädigen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung auszuhöhlen, müssen wir gemeinsam entschieden entgegentreten“, rief

Klitzing die Mitglieder der dbb bundesseniorenvertretung auf.

Gemeinsam mit Senioren und Seniorinnen des dbb landesbundes brandenburg hatte Klitzing den ehemaligen Flughafen in Rangsdorf bei Berlin und den Gedenkstein für die beiden Hitlerattentäter Stauffenberg und Haefen besucht. Sie alle waren, wie auch der Rangsdorfer Bürgermeister Klaus Rocher (FDP) und der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU), am 5. April 2024 einer Einladung der brandenburger Seniorenbeauftragten Sabine Wenzel zu einer Veranstaltung „Gegen das Vergessen und für die Würdigung von Mut und Menschlichkeit“ gefolgt.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

Zahlen des Senats belegen Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst

Die Bürgerschaftsfraktion der CDU hat eine Anfrage zum Zustand des öffentlichen Dienstes gestellt. „Die Antworten des Senats machen deutlich, dass der Fachkräftemangel den öffentlichen Dienst in Hamburg voll erfasst hat. In vielen Bereichen geht die Zahl der Bewerbenden signifikant zurück“, sagte der dbb Landesvorsitzende Thomas Treff.

Der Rückgang der Bewerbungen könne nicht alleine mit der demografischen Entwicklung begründet werden. „Die vorgelegten Zahlen bestärken den dbb hamburg darin, sich weiter für eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes einzusetzen“, so Treff. Man wolle verhindern, dass in Zukunft noch mehr Stellen unbesetzt bleiben. „Wir erkennen an, dass der Senat zum Beispiel durch die Einsetzung von Fachkräftestrategien in bestimmten Aufgabenbereichen aktiv geworden ist. Zudem ist auch intensiv in das Personalmarketing investiert worden. Wir begrüßen auch die verbesserten Möglichkeiten für die Verbeamtungen in bestimmten Fachrichtungen. Wir bleiben aber bei unserer Überzeugung, dass auch die finanziellen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Wir brauchen endlich eine Lösung für die anhängigen Klagen zur amtsange-

messenen Alimentation und die kann aus unserer Sicht nur durch eine lineare Erhöhung der Besoldung und Versorgung über alle Besoldungsgruppen erreicht werden.“

Außerdem brauche der öffentliche Dienst flexiblere Aufstiegsmöglichkeiten, gute Arbeitsbedingungen und eine wertschätzende Führungskultur. Treff: „Letztendlich müssen die Möglichkeiten, die jetzt bereits im Laufbahn- und Tarifrecht bestehen, von den Dienststellen noch konsequenter angewendet werden. Das zeigt sich zum Beispiel dadurch, dass in relativ wenig Fällen die Öffnungsklausel für die Laufbahngruppe 2 1. Einstiegsamt für Stellenausschreibungen ab der Besoldungsgruppe A 14 genutzt wurden. Hier stellt sich die Frage, ob die einzelnen Dienststellen ihren Mitarbeitenden die Wahrnehmung dieser Aufgaben nicht zutrauen? Das wäre ein fatales Signal!“

Nordrhein-Westfalen

Kriminalitätsstatistik bestätigt Warnungen

Nach Veröffentlichung und Vorstellung der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2023 (PKS) am 9. April 2024 durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser sieht sich der Landesbund Nordrhein-Westfalen im Deutschen Beamtenbund und Tarifunion (DBB NRW) in seinen jahrelangen Warnungen vorzunehmender Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bestätigt.

Der Anstieg von Gewaltstraftaten in der Opfergruppe der „Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten“ um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr knapp 119.000 Straftaten ist nach Ansicht des 1. Vorsitzenden des DBB NRW, Roland Staude, unabhängig von einzelnen Tätergruppen, ein Beleg für eine fortschreitende Verrohung der Gesellschaft und zunehmende Respektlosigkeit gegenüber den „Repräsentanten des Staates“. Staude: „Statt wohlfeiler Sonntagsreden der Politik oder hilflosem Schulterzucken gesellschaftlicher Akteure, erwarten wir ein konsequentes Durchgreifen gegen jedwede Art von Angriffen auf

die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie die Umsetzung konkreter Präventionsmaßnahmen.“

Gerade die Beschäftigten mit umfassendem Menschenkontakt wären täglich mit einem breiten Spektrum von Angriffen gegen ihre Person selbst oder Kolleginnen und Kollegen konfrontiert, welche die PKS trotz ihrer Ausführlichkeit jedoch nur teilweise abbildet. Zwar werden Gewaltdelikte gegenüber Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten in der PKS inzwischen ausführlich dargestellt, gerade aber bei den niedrigschwelligen Delikten gegenüber allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wie zum Beispiel Beleidigungen oder Verleumdung von

Verwaltungsbeschäftigten und Lehrpersonal, auch über soziale Medien, oder das Anspucken von Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitswesen oder im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, verliert die PKS bezüglich dieser Opfergruppe an Aussagekraft. Roland Stauder: „Nicht nur schwere Angriffe wie Bedrohung oder Körperverletzung, sondern die stete Häufung vermeintlich geringer Delikte, wie Beschimpfungen, Beleidigungen oder drohendes Bedrängen, würden die Beschäftigten nachhaltig belasten und bei den Kolleginnen und Kollegen zu stressbedingten Krankheitsfällen oder zum Berufswechsel beitragen.“ Laut Bundesgerichtshof (BGH) kann zum Beispiel bereits das Hervorrufen von Ekel mit einer damit verbundenen körperlichen Reaktion

beim Geschädigten (Breachreiz) den Tatbestand der Körperverletzung erfüllen. Dies bildet die PKS, oft auch mangels Anzeigebereitschaft der Geschädigten oder des „Dienstherren“, daher kaum ab. Der DBB NRW erwartet hier ein konsequentes Anzeigen auch bereits niedrigschwelliger Delikte durch Geschädigte und „Dienstherren“. Zugleich fordert der DBB NRW die Einbeziehung niedrigschwelliger Deliktsarten zum Nachteil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in das statistische Monitoring der PKS durch eine stärkere Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen, um daraus vor allem präventive Handlungsoptionen für Politik und Gesellschaft zu erarbeiten.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Kritik an „Quick Freeze“-Entscheidung der Bundesregierung

Die Ampel-Koalition im Bund will Ermittlungsbehörden ermöglichen, relevante Telekommunikationsdaten umgehend bei den Providern einfrieren lassen, wenn der Verdacht auf eine schwere Straftat besteht. DPolG Chef Rainer Wendt übt deutliche Kritik an dem sogenannten Quick Freeze-Verfahren.

„Eine solche unzureichende Regelung hätten die Ermittlungsbehörden seit Jahren haben können, sie wurde aus guten Gründen stets verworfen. Wenn es erst ein Ermittlungsergebnis und einen Tatverdächtigen gibt, sind dessen Verkehrsdaten längst gelöscht, weil die Anbieter von Telekommunikation diese Daten nur wenige Tage speichern, wenn überhaupt. Notwendig ist aber, in die Kommunikationsvergangenheit von Tatverdächtigen hineinzuschauen, um Bandenstrukturen und Netzwerke aufzuspüren oder weitere Tatverdächtige zu ermitteln“, erklärte Wendt.

Die Rechtsprechung des EUGH lasse die anlasslose Speicherung von IP-Adressen zu, mit deren Hilfe die Ermittlungsarbeit erheblich verbessert werden könnte. Der DPolG Bundesvorsitzende machte deutlich: „Es macht wenig Sinn, geringe Aufklärungsquoten zu beklagen

und den Staat künstlich dumm zu machen. Den Kompromiss mit anderen politischen Entscheidungen zu verknüpfen, zeigt wieder einmal, dass es in der Bundesregierung weniger um Problemlösungen als vielmehr um das Aushandeln ideologischer Konflikte zwischen den Koalitionspartnern geht.“

Wendt abschließend: „Die Unionsparteien sind gut beraten, dieses Thema weiter im Auge zu behalten und spätestens nach der nächsten Bundestagswahl oben auf die Tagesordnung zu setzen und eine echte Vorratsdatenspeicherung zu ermöglichen. Es geht nicht darum, Parteiinteressen zu befriedigen, sondern um die Aufklärung erheblicher Verbrechen und den Schutz möglicher Opfer. Der Koalitionsfrieden mag im Moment gerettet sein, der Inneren Sicherheit hat die Ampel jedenfalls einen Bärendienst erwiesen!“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Gesundheit: Investitionen in Prävention gefordert

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April 2024 hat der VBE in Schulen eine bessere Prävention gefordert.

Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte: „Wir wissen, dass Lehrkräfte hohem

Stress ausgesetzt sind. Außerdem sind die Arbeitsplätze oft nicht ergonomisch. Und noch

dazu liegen Arzttermine für Prävention meist mitten am Tag. Diese wahrzunehmen, würde Unterrichtsausfall bedeuten, denn mitten im Lehrkräftemangel ist eine Vertretung kaum möglich. Wird dann der Vorsorgetermin in die nächsten Ferien geschoben, kann es schon zu spät sein. So erkranken immer mehr Lehrkräfte langfristig und fallen aus. Ob Burnout oder Bandscheibenvorfall: Jede erkrankte Lehrkraft ist eine zu viel, vor allem, wenn Krankheiten durch bessere Arbeitsbedingungen und gezielte Präventionsangebote verhindert werden können.“

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) hatte bereits in einem Ad-hoc-Gutachten im Dezember 2022 eingefordert, dass als Teil der Bekämpfung des Lehrkräftemangels auch mehr Angebote für Sport und Gesundheitsprävention unterbreitet werden sollen. Brand dazu: „Das darf nicht isoliert betrachtet werden. Mit Yoga löse ich keine jahrelange Belastungssituation. Wenn aber gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verbessert werden, kann auch Sport präventive Wirkung haben. Hier könnte sich auch der Wettbewerb der guten Ideen im Föderalismus einmal zeigen: Wel-

ches Kultusministerium gibt die meisten Angebote frei? Der größte Sport in manch einer Bildungsverwaltung scheint aber das Streichen von Sabbatical- und Teilzeitanträgen zu sein. Übrigens auch eine Maßnahme, mit der die Gesundheit der Beschäftigten belastet wird.“

Für eine bessere Prävention würden in den Schulen außerdem Schulgesundheitsfachkräfte als Teil multiprofessioneller Teams gebraucht. Diese Forderung erhebt der VBE bereits seit 2017. Brand: „Es braucht die flächendeckende, bedarfsgerechte Ausstattung mit Schulgesundheitsfachkräften. Diese können nicht nur im akuten Erkrankungs- oder Verletzungsfall professionelle Hilfe leisten, sondern auch die (zahlenmäßig immer mehr) chronisch kranken Kinder bei der Medikamenteneinnahme unterstützen. Sie können auch einen wichtigen Baustein für die Gesundheitsprävention leisten. Das wurde so auch wissenschaftlich evaluiert, aber am Ende fehlte das Geld für eine Fortführung des Pilotprojektes in Brandenburg. Wir zählen darauf, dass die Erfahrung der anderen Bundesländer dazu führen wird, dass bald in ganz Deutschland Schulen von diesen Kräften profitieren können. Zeit wird's!“

Namen und Nachrichten

Der **Deutsche Philologenverband (DPHV)** und der **Philologenverband Berlin/Brandenburg (phv)** begrüßen die am 9. April 2024 vorgelegte Gesetzesvorlage, die eine neue Zugangsregelung zum Gymnasium in Berlin vorsieht. Die DPHV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte: „Wir begrüßen, dass die Berliner Schulsenatorin einen von vielen wichtigen und richtigen Schritten geht: Sie setzt eine neue und leistungsorientierte Zugangsregelung für das Gymnasium zum Schuljahresbeginn am 1. August 2024 grundsätzlich in Kraft!“ Die Vorsitzende des phv, Kathrin

Wienczek, ergänzt: „Dass der Übergang zum Gymnasium nach Eignung und Leistung erfolgen soll und nicht mehr dem Elternwillen und einem Losverfahren überlassen wird, war eines der wichtigsten Anliegen des Verbandes der letzten Jahre. Das bisherige Verfahren ist auf dem Rücken der Kinder ausgetragen worden, die viel zu häufig das Gymnasium aufgrund ihrer schlechten Ergebnisse wieder verlassen mussten und damit auch mit den Folgen einer gebrochenen Bildungsbiografie zu kämpfen hatten.“

Termine:

16. April 2024

18. Frauenpolitische Fachtagung

„Familie, Sorgearbeit, Altersarmut - die CAREseite der Medaille“

Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de